

Plenarrede am 02.07.2009 zu UNAMID

Reden/Artikel

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrte Damen und Herren!
Für die SPD- Bundestagsfraktion darf ich - und das zum letzten Mal - sagen: Wir werden den Mandaten zustimmen. Aber ich habe eine herzliche Bitte an alle Kolleginnen und Kollegen - und das ist doch Konsens und Ergebnis der Debatte, Herr Fischer -: Bitte nehmen Sie diese Mandate zum Anlass - das gilt besonders dann, wenn es im nächsten Jahr, in 2010, im Sudan zu Wahlen kommt -, das Engagement, das wir jetzt im Zusammenhang mit der Zustimmung zu den Mandaten zeigen, zu nutzen, damit der Sudan eine Chance hat, beim Friedensprozess eine eigene Entwicklung zu nehmen. Nutzen Sie diese Chance, nachdem diese Mandate verabschiedet worden sind! Tragen Sie dazu bei, dass der Sudan eine Chance erhält, sich anders zu entwickeln, um von den Zuständen, die der Kollege Fischer beschrieben hat, wegzukommen! Der Sudan darf nicht im Strudel der Gewalt verschwinden. Die Menschen haben ein Recht darauf, ihren Frieden zu erarbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man muss auch sagen - und das weiß niemand besser als die Bundesregierung, die Bundeskanzlerin und die Entwicklungsministerin -: Es gibt Regionen in Afrika, die eine andere Entwicklung genommen haben. Sie haben sich positiv entwickelt. Viele Regionen Afrikas haben aufgeschlossen, damit die Menschen in diesen Regionen bessere Chancen für ihr Leben haben, lieber Kollege Fischer. Das Land Sudan hat das innere Potenzial, zu Wachstumsregionen Afrikas, zum Beispiel Südafrika, aufzuschließen. Unternehmen Sie bitte alles, damit der Sudan nicht versinkt angesichts dessen, was Bashir mit den Menschen vorhat! Helfen Sie mit, dass diese Region eine bessere Chance hat als bisher, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zwei Drittel der Menschen, die in Afrika befragt worden sind, sprechen sich für Demokratie aus. Die Jüngeren fordern von den autoritären alten Machteliten, dass sie sich dem Willen der gut ausgebildeten und klugen jungen Menschen in Afrika beugen. Wir müssen ihnen mit unserem Engagement helfen, damit sie ihre Zukunft, besser und demokratisch, selbst bestimmen können. Es ist unsere Pflicht hier im Deutschen Bundestag, ihnen zu helfen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich, wenn ich darf, zum Schluss Folgendes sagen - das sage ich jetzt mit Blick auf die Bundeskanzlerin -: Nehmen Sie und die gesamte Bundesregierung bitte das auf, was Willy Brandt uns allen gemeinsam gesagt hat, als es darum ging, was die Aufgabe Europas ist. Die Aufgabe Europas ist, aufklärend zu wirken, dafür zu sorgen, dass sich Frieden, Freiheit und Demokratie durchsetzen. Das ist unsere Aufgabe und unsere Pflicht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der Deutsche Bundestag muss immer an der Seite der Freiheit und der Demokratie stehen. Das ist unsere Verpflichtung gegenüber der Geschichte und der Zukunft der Menschheit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)